

Freie Schulwahl für alle?

Im Gemeindezentrum Reinach diskutierte ein Podium über die Verfassungsinitiative zur freien Schulwahl. Eingeladen hatten am Dienstag die Jungfreisinnigen.

Thomas Brunnschweiler

Die Liberalisierung im Bildungswesen war bei uns lange kein Thema. Die «elternlobby schweiz» unter dem Präsidium von Pia Amacher reichte im Dezember 2006 eine kantonale Verfassungsinitiative ein, welche die freie Schulwahl durch die Eltern vorsieht und die staatliche Finanzierung von nicht staatlichen Schulen bei garantierbarem Ausschluss von ethnischen, religiösen und finanziellen Einschränkungen verlangt.

Gegner in Unterzahl

Clemens Diesbergen, Dozent für Erziehungswissenschaften, stellte zuerst die Geschichte der Kontroverse und die Argumentationslinien vor, die für eine freie Schulwahl sprechen. Seine Vision: Vielfalt der Schulen mit unterschiedlichen pädagogischen Konzepten, Begeisterung der Beteiligten, bessere Realisierung von innovativen Ideen, finanzielle Gleichstellung. Ein Satz lautete: «Bildung ist auch eine öffentliche Angelegenheit; aber «öffentlich» ist nicht gleich «staatlich.» Auf dem von Milo Graf moderierten Podium gab es nur einen Gegner der Initiative, Gregor Gschwind (CVP), der sich tapfer schlug. Er befürchtet eine Schwächung der staatlichen Schulen. «Für die obligatorische Schulzeit sollte die Staats-



Pia Amacher, Adrian Billerbeck, Milo Graf, Gregor Gschwind und Siro Imber (v. l.).

FOTO: THOMAS BRUNNSCHWEILER

schule zuständig sein.» Die Freizügigkeit führe auch zu privatem Mehrverkehr. Pia Amacher relativierte das Verkehrsproblem: «80 Prozent der Eltern wählen das nächstgelegene Schulhaus.» Sie wurde von Adrian Billerbeck (SVP) unterstützt, der die verkehrspolitische Erziehung der Eltern einforderte. Es müsse, so Amacher, pädagogische Konkurrenz geben. «Wir wollen Bildung, die nachfrageorientiert ist.» Siro Imber, FDP-Landrat, führte an, dass der Wettbewerb das Niveau der staatlichen Schulen nach oben drücke.

Diskussion mit Niveau

Amacher setzte einen Akzent gegen die Befürchtungen der Ghettoisierung: «Bildungsferne Schichten profitieren von der Schulwahl.» Die Freiwilligkeit erhöhe die Motivation aller Beteiligten. Amacher konnte mit Eloquenz und detaillierter Kenntnis der europäischen

Schulsysteme allen hypothetischen Einwänden Paroli bieten. Imbers Angst, islamistische Schulen könnten sich im Wettbewerb bei uns durchsetzen, stellte sie das Prinzip der staatlichen Betriebsbewilligung entgegen: «In den nordischen Staaten funktioniert es; warum also nicht bei uns?» Gregor Gschwind äusserte Zweifel an der Kompetenz der Eltern, die Schule für ihre Kinder zu wählen. Amacher: «Eltern können bei der heutigen Information als Erziehungsverantwortliche diesen Entscheid durchaus treffen.» Fast übergangslos öffnete sich das Podium zur allgemeinen, angeregten Diskussion. Es gab sehr viele gehaltvolle Zuhörervoten, die auch Erfahrungen aus dem Ausland einbrachten. Das Niveau des Gesprächs war recht hoch und teilweise hatten die Voten veritablen Unterhaltungswert. Im Publikum jedenfalls genoss die Initiative grosse Sympathie.